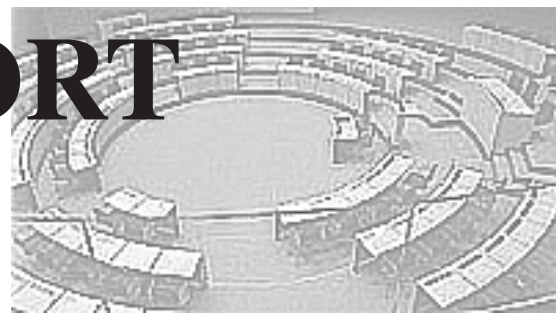


PARLAMENTSREPORT

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag



„Es muss mit einer Klage in Karlsruhe gegengesteuert werden“

Bodo Ramelow zur Regierungserklärung: Aktiv für mehr Steuereinnahmen werben

Die Problematik der sinkenden Steuereinnahmen mit ihren Auswirkungen auf die Länder und Kommunen entwickelt sich immer mehr zu einer zentralen Zukunftsfrage. Bereits in seiner Reaktion auf die Regierungserklärung der Thüringer Ministerpräsidentin hatte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Bodo Ramelow, betont, dass es nicht ausreicht, im Bundesrat Steuersenkungen der schwarz-gelben Koalition abzulehnen:

„Hier heißt es, mit einer Klage in Karlsruhe gegenzusteuern, und dann müssen die Verfassungsrichter entscheiden, wie der Eingriff in die Haushaltsrechte der Länder endlich wirksam gestoppt wird. Am Schluss wären wir nur noch nachgeordnete Dienststelle und da, liebe Frau Lieberknecht, haben Sie sich schon mit Ihrem Engagement im Lübecker Konvent gegen die Entmachtung der Länderparlamente aktiv zur Wehr gesetzt. Wir nehmen Sie jetzt ernst und fordern den Mut für unser Land, gemeinsam in Karlsruhe dazu Maßstäbe zu erzwingen.“

Bodo Ramelow hatte außerdem appelliert: „Lassen Sie uns nicht nur über einen verzögerten Haushalt und die Haushaltslöcher durch die Wirtschaftskrise reden, sondern lassen Sie uns aktiv für mehr Steuereinnahmen werben, damit diejenigen, die bislang in der Krise und an der Krise verdient haben, auch an der Finanzierung des Sozialstaats endlich nachdrücklich beteiligt werden.“ (Weitere Redeauszüge auf S.9)

Machtwort gefordert

Derweil spitzt sich durch stark rückläufige Steuereinnahmen die Finanzkrise der Thüringer Kommunen weiter zu. Wenn die Landesregierung „nicht umgehend reagiert droht die kommunale Handlungsunfähigkeit“, hatte der kommunalpolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Frank Kuschel, gewarnt. „Schon in den ersten neun Monaten haben die Thüringer Kommunen über 100 Millionen Euro Steuerausfälle zu verzeichnen. Im nächsten Jahr drohen Ausfälle bis zu 150 Millionen Euro. Dies ist die unmittelbare Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise. Den Banken, die Verursacher der Krise waren, wurde durch den Bund und die Länder sehr schnell geholfen. Mit gleicher Intensität muss das Land jetzt auch der kommunalen Finanzkrise begegnen“, hatte der Abgeordnete betont.

Er verwies auf die notwendige Neuausrichtung des kommunalen Finanzausgleichs und sagte, dass das Thüringer Verfassungsgericht dazu deutliche Worte gefunden und klar gemacht habe, in welcher Verantwortung das Land stehe. „Die Thüringer Kommunen haben einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf eine angemessene Finanzausstattung und zwar unabhängig von der Finanzlage des Landes. Dies schließt auch den Ausgleich von Steuerausfällen ein. Es ist deshalb völlig inakzeptabel, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU, Mike Mohring, die

Erhöhung der Landesmittel für die Kommunen blockieren will“, erklärte Frank Kuschel und forderte ein Machtwort der Ministerpräsidentin.

Kosten der Unterkunft

Die Situation der Kommunen wird durch die geplante Absenkung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft und Heizung für ALG-II-Empfänger noch schwieriger werden. „Die Bundesregierung ignoriert nicht nur die Empfehlung des Bundesrates, wonach die Berechnungsgrundlage korrigiert werden sollte. Auch die soziale Ignoranz, die im Gesetzesentwurf zum Ausdruck kommt, ist kaum zu überbieten“, hatte die wohnungspolitische Sprecherin der LINKEN, Heidrun Sedlacik, protestiert und die Abgeordneten im Bundestag aufgerufen, dem Gesetz nicht zuzustimmen. Der Bundeshaushalt dürfe nicht auf Kosten der Städte und Kreise und letztlich der betroffenen Menschen saniert werden.

„Die Finanzknappheit wird die Kommunen zwingen, weiter Abstriche in der Wohnungsqualität zu machen, um die Mittel überhaupt aufbringen zu können. Dies führt zu einer Konzentration der Betroffenen in minderwertigen Wohngebieten und stigmatisiert sie weiter.“ Als Affront bezeichnete Heidrun Sedlacik die Nichtbehandlung eines entsprechenden Antrags der LINKEN in der letzten Sitzung des Thüringer Landtags. ■

KOMMENTIERT:

von Frank Kuschel

Rückwärtsgewandt

Christoph Matschie hat anlässlich der Regierungserklärung die Kommunalabgabepolitik der Landesregierung verteidigt und sich für die Beibehaltung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge ausgesprochen.

Matschie war sich nicht zu schade, der LINKEN vorzuwerfen, sie würde sich gegen Bildungs Ausgaben wenden, weil Beitragsabschaffung und Bildung ja nicht gleichzeitig durch das Land finanzierbar wären. Er sagte: „Wer Beiträge abschaffen will, verhindert die Sanierung von Schulen oder die Einstellung von Lehrern.“ Die SPD zeigt sich rückwärtsgewandt und kenntnislos. Das Beitragsystem aus dem späten 19. Jahrhundert ist nicht geeignet, die Probleme des 21. Jahrhunderts zu lösen.

Beitragsreduzierung bzw. -abschaffung müssen nicht zwingend zu einer finanziellen Mehrbelastung im Landeshaushalt führen.

Um am Abwasserbeitragsystem festzuhalten, wurde mit CDU-Mehrheit nur wenige Tage vor der Landtagswahl beschlossen, in den nächsten Jahren 1,9 Milliarden Euro an die Zweckverbände zusätzlich zu zahlen. Etwa 800 Millionen würden jedoch ausreichen, um das Problem der Abwasserbeiträge zu lösen. Es muss geprüft werden, ob es tatsächlich noch nötig ist – wie es die Verbände und die Landesregierung planen –, weitere 3,5 Milliarden Euro in die Abwassersysteme zu investieren.

Mit dezentralen Abwassersystemen im ländlichen Raum könnten mindestens 1,5 Milliarden gespart werden, sodass Beiträge sinken oder vollständig abgeschafft werden könnten. Offenbar hat Herr Matschie nicht registriert, dass nach den Vorstellungen der LINKEN und der Bürgerinitiativen die Abwasserinvestitionen künftig über die Gebührenerhebung refinanziert werden sollen. Dies würde die Verbände zu einer wirtschaftlichen Arbeitsweise zwingen. Alle Investitionen würden noch mehr am Kriterium der Notwendigkeit bemessen. Der Landeshaushalt wäre dadurch überhaupt nicht betroffen. Doch eigentlich hat er nur eine Begründung für die ablehnende Haltung der SPD zur Beitragsabschaffung gesucht. ■

AKTUELL

Jugend- und Soziokultur institutionell fördern

Aufgrund der zu erwartenden Haushaltslöcher und anhaltender Ungewissheit über die kommunalen Etats für das nächste Jahr, „wird die Situation für die jugend- und soziokulturellen Einrichtungen in Thüringen immer unerträglicher. Sie wissen nicht, wie es weitergehen soll, und sehen sich in ihrer Existenz gefährdet“, betonte die kulturpolitische Sprecherin der LINKEN im Thüringer Landtag, Dr. Birgit Klauert. Sie richtete daher einen dringlichen Appell an die Landesregierung und erneuerte die Forderung ihrer Fraktion nach einer „institutionellen Förderung dieser wichtigen Kultureinrichtungen, die einen überregionalen Auftrag erfüllen“.

Die Politikerin der LINKEN verwies auf Äußerungen des Thüringer Kultusministers Christoph Matschie, wonach die Kulturförderung erhalten und in den nächsten Jahren aufgestockt werden soll. Dazu reiche es allerdings nicht, so die Abgeordnete weiter, lediglich den Bereich der Projektförderung zu erhalten und auszubauen, so wichtig dies auch sei. „Wenn die blumigen Worte des Ministers über die Bedeutung des kulturellen Reichtums Thüringens und die Weiterentwicklung der Kulturszene tatsächlich ernst gemeint sind, muss Matschie das auch wirklich zur Chefsache machen. Die jugend- und soziokulturellen Einrichtungen und ihre Träger brauchen jetzt dringend ein Signal der Landesregierung, dass sie im

Kulturland Thüringen gebraucht werden und eine Zukunft haben.“

Als eine beispielhafte Initiative, die auch von Thüringen aufgegriffen werden sollte, hatte Birgit Klauert den sächsischen Landtagsbeschluss zu einem freien Eintritt für Kinder und Jugendliche in die Museen des Freistaats bezeichnet. Mit einer Anfrage an die Landesregierung will sie Auskunft darüber, welche Überlegungen es in Thüringen gibt, im Zuge der Weiterentwicklung des Landeskulturbegriffes auch die Frage des kostenfreien Zugangs in Museen für Kinder und Jugendliche einzubinden und wie in Thüringen eine Museumskonzeption entwickelt werden soll, die die finanzielle Absicherung der Museen im Landeshaushalt berücksichtigt. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Erhalt von Opel Eisenach

Die Entscheidung zum Fortbestand des Opel-Werkes in Eisenach „ist ein hoch erfreuliches Signal für den Thüringer Automobilstandort, aber bitter für all jene, die trotzdem ihren Arbeitsplatz verlieren“, sagte Bodo Ramelow. Scharfe Kritik übte der Fraktionschef an der monatelangen Hängepartie für die Mitarbeiter bei Opel und den Zuliefererbetrieben. Nun komme es aber auf ein tragfähiges Zukunftskonzept an: Nur ein moderner Mobilitätskonzern mit Forschung und Entwicklung von treibstoffsparenden sowie elektrogetriebenen Modellen ermögliche den Einstieg in den Automobilbau des 21. Jahrhunderts. Daher sei die Integration eines Mini-Opels oder des elektrogetriebenen Amperas in die Eisenacher Produktionskette dringend geraten. ■

Förderung der Aids-Hilfe

„Die Arbeit der Aids-Hilfe in Thüringen muss weiter ausgebaut und finanziell sichergestellt werden. Nur so können auf Dauer Prävention, Beratung und Begleitung qualitativ und flächendeckend gewährleistet und vernetztes Arbeiten möglich gemacht werden“, hatte MdL Karola Stange anlässlich des Welt-Aids-Tages am 1. Dezember gefordert. Auch in diesem Jahr haben sich wieder etwa 3000 Menschen in Deutschland mit dem Aids-Virus angesteckt. Und dabei ist HIV schon lange kein Problem von ausschließlich homosexuellen Männern mehr. Betroffene haben nach wie vor mit Vorurteilen zu kämpfen, werden diskriminiert und ausgegrenzt. ■

Bedeutung der Immunität

Den Vorschlag der CDU-Fraktion, die Immunität der Thüringer Landtagsabgeordneten grundsätzlich abzuschaffen, bezeichnete Bodo Ramelow als einen „groben Fehlgriff“, für den ihm jedes Verständnis fehle. „Offenbar sind Herrn Mohring die Aufgaben der Abgeordneten und die Funktion von Immunität und Indemnität völlig fremd“. Dabei gehe es ihm nicht um die Aufrechterhaltung einer falschen Immunität etwa vor Strafverfolgung bei Verkehrsdelikten. Selbstverständlich aber hätte z.B. die Unversehrtheit von Abgeordnetenbüros mit der Immunität von Abgeordneten zu tun, selbstverständlich müssten Abgeordnete vor politisch motivierter Strafverfolgung geschützt werden. Auch die Anzeigenstrategie von Neonazis zeige, wie „wichtig Immunität ist, wenn man sich gegen Nazis wehrt“. ■

Parteiübergreifendes Verständnis für die Proteste der Studierenden?

Im Gespräch: Susanne Hennig, Sprecherin für Studierendenpolitik der Fraktion DIE LINKE

Täuscht der Eindruck oder gibt es im Landtag tatsächlich parteiübergreifendes Verständnis für die Proteste der Studierenden?

Die neue Landesregierung und besonders die SPD stehen unter Druck, für die Studierenden etwas zu bewegen. Sie können sich nicht erwehren. Dabei hatte der Bildungstreik noch vor zwei Jahren eine eher geringe Resonanz. Jetzt, bei eigentlich nur kurzer Vorbereitungszeit, aber wachsendem Ärger über die Studienbedingungen, ist das anders. Viele solidarisieren sich. Und Politik kann das nicht wegreden.

demokratie denke. Es geht nicht, die Studierenden aus den entscheidenden Gremien herauszuhalten oder sie nur als Feigenblatt zu benutzen. Der Senat muss gestärkt und paritätisch besetzt werden. Wir fordern auch, die Landeshochschulkonferenz wieder einzuführen, die Studierendenräte und die Konferenz der Thüringer Studierendenschaften (KTS) in ihren Rechten zu stärken. Weitere Beispiele sind die Studienstrukturen, die finanzielle Ausstattung der Hochschulen, Autonomie der Hochschulen etc.

zu tun. Gegenwärtig haben wir in Thüringen ca. 10.000 Studienanfänger pro Jahr. Schon aus demografischen Gründen wird die Zahl massiv zurückgehen. Das kann eine Reduzierung der Hochschulpaktmittel 2020 zur Folge haben. Sich einfach als Garant für Studiengebührenfreiheit darzustellen, wie es die SPD tut, das reicht nicht. Die Studiengebührenfreiheit muss unabhängig von Wahlen sicher sein, um junge Menschen für ein Studium in Thüringen zu gewinnen.

Bodo Ramelow hat auch auf der Diskussion mit den Studenten im besetzten Audimax der Erfurter Uni für eine im Grundgesetz festgeschriebene Bildungsindexierung von sieben Prozent geworben und kritisiert, dass Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern mit mageren ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung viel zu wenig investiert.

Die Hochschulen in Deutschland sind schon seit über 30 Jahren unterfinanziert, der Umbau der ostdeutschen Hochschulen und das Schaffen von Studienplätzen ist auch nicht kostenneutral. Jetzt ist ein Punkt erreicht, da geht nichts mehr. Und was ist die Antwort? Bildungssparen und weitere Privatisierung der Bildung. Ein Weg, der zwangsläufig weniger Studierende an die Hochschulen führen wird. Wenig hilfreich waren auch die Diskussionen zur Notwendigkeit von Studiengebühren, Kundenorientierung der Hochschulen und Ermahnungen zu schnellen Studienzeiten durch die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz. Sie hat die Proteste und den Willen der Studierenden geradezu konterkariert.

Hat die Heftigkeit der Proteste aber nicht doch überrascht und hängt das nicht auch mit den schnellen Vernetzungsmöglichkeiten per Internet, Email und Twitter zusammen?

Natürlich ist es jetzt viel einfacher, sich zu informieren und zu organisieren. Sehr zu empfehlen: www.unsereunis.de, da ist man auf dem Laufenden, wo und wie überall gestreikt wird – auch international. Informationen, Austausch, Solidaritätserklärungen – all das festigt natürlich so einen Bildungstreik. In Erfurt kamen die Aktionen genau in der richtigen Woche. Wir hatten die Anträge im Landtag, die Politiker mussten Rede und Antwort stehen. Dabei wurde der Bildungstreik auch immer politischer. Solche Forderungen, wie „Bildung für alle“, „Chancengleichheit“, „Demokratisierung“, traten immer mehr in den Vordergrund. Ich finde, dieser Bildungstreik ist für zahlreiche Studierende zu einer großartigen politischen Sozialisation geworden.

(Für die Beantwortung der Fragen dankt Annette Rudolph) ■



An beiden Sitzungstagen im November waren die Studierenden zum Landtag gezogen. Etliche saßen bei der aktuellen Stunde zum Bildungstreik auf der Besuchertribüne...

Deshalb hat es mich auch nicht wirklich überrascht, dass alle Fraktionen den Studierenden Recht gaben. Allerdings sehe ich noch nicht – und das habe ich draußen ebenso wie im Landtag betont –, dass sich tatsächlich etwas ändert.

Inwiefern?

Wenn ich z.B. an die Hochschul-

Die Koalition in Thüringen will den Verwaltungskostenbeitrag abschaffen, CDU und SPD haben die Studiengebührenfreiheit versprochen. Warum will DIE LINKE noch eine Verfassungsänderung?

Wir meinen, dass die Studiengebührenfreiheit verfassungsrangwürdig ist. Schließlich geht es darum, den freien und gleichen Zugang zu den Hochschulen und zu Bildung zu gewährleisten. Wahlversprechen helfen nicht weiter. Verlässlichkeit ist wichtig. Das hat auch etwas mit dem auf uns zu kommenden Fachkräftemangel

Dr. Karin Kaschuba: Bildungssparen ebnet den Weg für Studiengebühren

Angesichts des Vorschlags von Bildungsministerin Annette Schavan für ein „Bildungssparen“ mit Anleihen aus dem Bauspar-Modell, erklärte Dr. Karin Kaschuba, Sprecherin für Hochschulpolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Damit werden die Lasten für Ausbildung und Bildung auf die Schultern von Eltern und Großeltern verlagert und die Gesellschaft stiehlt sich aus ihrer Verantwortung. Schavans Vorschlag nimmt soziale Selektion beim Zugang zu Bildung bewusst in Kauf. Insbesondere Kinder von Hartz IV-Empfängern und von

Alleinerziehenden würden noch mehr in die Chancenlosigkeit getrieben“, kritisierte die Landtagsabgeordnete. Offenkundig habe Frau Schavan die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Schließlich müsse die Studierendenquote in Deutschland deutlich erhöht und nicht durch Zugangshürden begrenzt und abgesenkt werden.

Schavans „Bildungssparen“ führe in der Konsequenz zu Studiengebühren. „Das Gesparte wird am Ende zur Studiengebühr und die Kosten des Lebensunterhaltes von Studierenden bleiben bei den Familien hängen.“ ■

Verfassungswidriges Vorgehen trägt Handschrift der Energiekonzerne

Gemeinsamer Widerstand gegen Gesetz zum Ausbau der Höchstspannungsnetze

Unser Widerstand gegen den vom Energiekonzern Vattenfall geplanten Bau einer 380-kV-Hochspannungstrasse über den Thüringer Wald ist ungebrochen“, hatte die energiepolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag, Petra Enders, auf einem Pressegespräch gemeinsam mit Vertretern von Bürgerinitiativen betont und auf den Antrag ihrer Fraktion für die nächste Landtagsitzung verwiesen. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, beim Bundesverfassungsgericht gegen das Gesetz zum Ausbau der Höchstspannungsnetze zu klagen und nichts unversucht lassen, die unnötige Trasse über den Thüringer Wald zu verhindern.

Vor über drei Jahren haben sich 13 Bürgerinitiativen, die sich mit tausenden Bürgern gegen den Bau der Leitung – insbesondere im Abschnitt von Erfurt bis Schweinfurt – engagieren, in der Interessengemeinschaft „Achtung Hochspannung“ zusammengetan. Ihr Vertreter Siegfried Kriese (im Foto rechts) verwies im Pressegespräch auf ihre zahlreichen Bemühungen. So konnten sie mit Hilfe einer wissenschaftlichen Studie Alternativen – Umrüsten der bestehenden Leitungen mit Hochtemperaturseilen; Leitungsmonitoring u.a. – aufzeigen. Sie waren zu Anhörungen im Landtag und im Bundestag, sie organisierten vor einem Jahr eine Energiekonferenz an der Technischen Universität Ilmenau, führten drei Ostermärsche durch und machten mit einer Demonstration vor dem Landtag in Erfurt ihre Forderungen deutlich.

Um den Widerstand von Kommunen und Bürgerinitiativen zu brechen, ist es gelungen, durch juristisch fragwürdige Lobbyarbeit bundesgesetzliche Sonderregelungen durchzusetzen. Mit dem Gesetz zum Ausbau der Höchstspannungsnetze und dem Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen soll die Trasse über den Thüringer Wald erzwungen werden. Siegfried Kriese bezeichnete das als „Einschnitt

in die Bürgerrechte“ und „verfassungswidrige Vorgehensweise, die eindeutig die Handschrift der Energiekonzerne trägt“. Die Leitung ist nicht notwendig und dient vorrangig dazu, die 14 neuen (Braunkohle-) Kraftwerke von Vattenfall abzusichern. Es geht also nicht, wie von Vattenfall behauptet, um erneuerbare Energien. „Die Landesregierung soll unsere Befürchtungen ernst nehmen“, forderte Kriese.

Nach der Initiative für Transparenz und Demokratie „Lobbycontrol“ zählt dieses Gesetz übrigens zu den typischen Gesetzen, an denen Juristen der Energiekonzerne Vattenfall und EON unter Dul-

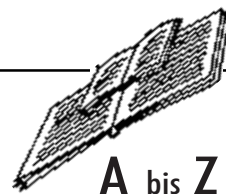
Energieversorger. „Es handelt sich daher um ein nach dem Grundgesetz verbotenes Einzelfallgesetz.“ Zudem stelle sich die dringende Frage nach einer verfassungswidrigen Rückwirkung von gesetzlichen Normen, denn es werde in ein laufendes Planfeststellungsverfahren eingegriffen, bei dem schon mehr als 1000 Bürger sowie alle Städte und Gemeinden entlang der Trasse Einwendungen geltend gemacht haben. Die Landtagsabgeordnete betonte: „Wir wollen hin zu einem Mix aus regenerativen Energien und dezentralen Lösungen vor Ort – das ist der einzig vernünftige Weg.“



dung der Bundesregierung unmittelbar an der Textfassung beteiligt waren. Pikanterie am Rande: Am 1. Dezember 2006 hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel Vattenfalls Präsident Lars G. Josefsson zum Klimaschutzbeauftragten der Bundesregierung ernannt (Greenpeace bezeichnete das als „Realsatire“). Inzwischen wurde im Juni 2009 der Konzernchef auf Empfehlung der Bundesregierung sogar zum UN-Klimaschutzbeauftragten berufen.

Petra Enders, die auch Bürgermeisterin im betroffenen Großbreitenbach (Ilm-Kreis) ist, unterstrich den unzulässigen Eingriff in die Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen. Außerdem beziehe sich der Gesetzestext ausdrücklich auf einzelne Versorgungsprojekte privater

Die weiteren Vertreter der Bürgerinitiativen, Gerhard Behrends und Bernd Enders, informierten die Journalisten über ein Treffen mit der Ministerpräsidentin und dem Thüringer Wirtschaftsminister am Rande der letzten Landtagssitzung, wo ihnen ein Termin im Januar in Aussicht gestellt worden sei, um gemeinsam über die Probleme zu diskutieren. So lange wollen sie aber nicht warten. Sie haben die Fraktionsvorsitzenden aus dem Landtag zu einem Podiumsgespräch am 9. Dezember nach Masserberg eingeladen. Dort sollen die Vertreter der Landtags-Parteien ihre Positionen zur 380-kV-Trasse und zur Energiepolitik insgesamt erläutern und zusammen mit den Bürgern diskutieren. A.R. ■



A bis Z:

Diskriminierungsverbot

Anlässlich der zustimmenden Haltung der Landesregierung zur Aufnahme eines Diskriminierungsverbots wegen der ‚sexuellen Identität‘ in Artikel 3 des Grundgesetzes forderte die Fraktion DIE LINKE, „nicht nur Schaulaufen im Bundesrat zu betreiben, sondern vor der eigenen Haustür in Thüringen die immer noch andauernde Diskriminierung von lesbischen und schwulen Menschen und ihrer Lebenspartnerschaften endlich zu beseitigen“, wie MdL Karola Stange betonte.

Das Landesrecht hätte schon lange angepasst werden müssen, da seit Inkrafttreten der Landesverfassung ein Diskriminierungsverbot aufgrund der ‚sexuellen Orientierung‘ Betroffener in Artikel 2 Absatz 3 verankert ist. Thüringen hat in Bezug auf die Gleichstellung in diesem Bereich auch nach eigenen Maßstäben 15 Jahre Verspätung.

Da die Landesregierung nicht einmal Gesetzesvorschlägen der LINKEN folgen wollte, die nach EU- und Bundesverfassungsgerichtsurteilen zwingend notwendig sind, hat die Fraktion im Jahr 2008 in Zusammenarbeit mit dem Lesben- und Schwulenverband (LSVD e.V.) eine entsprechende Klage beim Thüringer Verfassungsgerichtshof eingereicht. Die Initiative des Bundesrates und ein kürzlich beim Bundesverfassungsgericht ergangenes Urteil belegten ebenfalls, wie berechtigt die Forderungen der LINKEN sind. ■

Wichtige Termine

Landtagssitzungen:

Die nächsten Sitzungen des Thüringer Landtags finden am 17. und 18. Dezember statt. Im Januar sind sie für den 27. bis 29. terminiert.

Ausstellung:

Der mit zahlreichen Preisen ausgezeichnete Karikaturist NEL Ion Cozacu wird vom 9. Dezember bis 7. Januar im Thüringer Landtag – Zwischengang des Funktionsgebäudes – eine Auswahl seiner Werke zeigen. Die Ausstellung ist öffentlich zugänglich montags bis freitags 8.00 bis 18.00 Uhr.

Internet:

Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen sind im Internet abrufbar unter: www.die-linke-thl.de

Ehrenamt

Anlässlich der Fachtagung der Thüringer Ehrenamtsstiftung hatte MdL Jörg Kubitzki politische Rahmenbedingungen für das gesellschaftlich so wichtige Ehrenamt gefordert. „Lippenbekenntnisse haben die ehrenamtlich Tätigen genug gehört. Eine Ehrenamtsstiftung, die eine Ehrenamtskarte vergibt, reicht bei weitem nicht aus.“ DIE LINKE fordert u.a., dass Ehrenamtliche bei Qualifizierungen für ihre Tätigkeit eine bezahlte Freistellung erhalten. „Wer sich ehrenamtlich engagiert, der darf nicht noch draufzahlen und auf seinen Auslagen sitzen bleiben“. Der Abgeordnete verwies darauf, dass die Linksfraktion an einem Ehrenamts-gesetz für Thüringen arbeitet. ■

Frauenhäuser

„Es reicht nicht, lediglich die Beratungsangebote zu verbessern. Frauen brauchen nach wie vor Schutzräume, in die sie vor schlagenden Partnern flüchten können“, sagte MdL Karola Stange anlässlich des internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen am 25. November. Der Koalitionsvertrag sage allerdings nichts zur Sicherung der Thüringer Frauenhäuser und ihrem notwendigen flächendeckenden Ausbau. Es sei nicht hilfreich, wenn nun auch noch die Caritas in ihrer Mütterberatung oder Familienzentren Beratung anbieten, dadurch werde der unmittelbare Schutz nicht besser. Gewalt gegen Frauen dürfe nicht mit Familien- und Mütteran-gelegenheiten vermischt werden. ■

Biosphärenreservat

Zu dem Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag, im Vessertal einen Nationalpark zu errichten, sagte MdL Tilo Kummer: „Das Biosphärenreservat ist bis heute ein Erfolgsmodell. Diese Entwicklung darf nicht abgebrochen werden.“ Die UNESCO stelle klare Anforderungen an Biosphärenreservate, denen das Vessertal noch nicht vollständig gerecht wird. So fehle z. B. eine zentrale Informationsstelle und es müsste eine Flächenerweiterung erfolgen. Außerdem müssten hier die Ansprüche von Naturschutz, Regionalentwicklung, Wirtschaft (Tourismus) und Forstwirtschaft gleichermaßen berücksichtigt werden. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Kinderarmut bekämpfen

„Kinder haben ein Recht, jenseits von Armut und Ausgrenzung aufzuwachsen“, erklärte Matthias Bärwolff, kinderpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, anlässlich des zwanzigsten Jahrestages der UN-Kinderrechtskonvention am 20. November. Er forderte die Landesregierung zu konkreten Schritten zur Bekämpfung der Kinderarmut auf. „Wir dürfen uns nicht länger damit abfinden, dass arme Kinder kränker sind sowie weniger Teilhabe- und Bildungschancen haben.“ Besonders betroffen seien auch Flüchtlingskinder, die in ihren Gemeinschaftsunterkünften vor allem unter Ausgrenzung litten. „So darf unsere Gesellschaft nicht mit Kindern umgehen. Wer sie fahrlässig in Angst und Armut belässt, verspielt die Zukunft unserer Gesellschaft“, kritisierte Matthias Bärwolff. „Die Landesregierung muss sich endlich darum kümmern, dass der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz auch für alle Kinder von Flüchtlingen durchgesetzt wird.“ Außerdem sei es höchste Zeit für einen Maßnahmenplan gegen Kinderarmut. ■

Werrawasser klären

Die Entscheidung des Landes zur Verlängerung des Grenzwerts für die Härte des Werrawassers am Pegel Gerstungen bis 2012 – noch bevor das Landesverfassungsgericht über die Klage der Linken entschieden hat – bezeichnete Katja Wolf, Umweltpolitikerin der LINKEN, als hoch problematisch. Sie forderte, dass die Anschlussregelung bis zur Gerichtsentscheidung befristet wird. DIE LINKE hat gegen den öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen Hessen, Thüringen und Kali+Salz Klage beim Thüringer Verfassungsgerichtshof eingereicht. Nach Untersuchungen des Gewässerökosystems der Werra sind die Laugen-Einleitungen durch den Konzern K+S Hauptursache für den schlechten Zustand des Flusses. Um die auch vom europäischen Recht geforderte Gewässerverbesserung zu erreichen, hätte 2009 eine Neufestlegung der Grenzwerte erfolgen müssen. Auf Antrag der LINKEN findet dazu jetzt eine Sondersitzung des Umweltausschusses statt. „Wir erwarten eine Erklärung der Landesregierung, wie die ökologischen Anforderungen an die Werra trotz Beibehaltung des Härtegrenzwertes erfüllt werden sollen. Schließlich muss diese Begründung auch gegenüber Brüssel abgegeben werden“, betonte Katja Wolf. ■

„Profitmaximierung“ im SPD-Dienst: Aus für Druckzentrum Suhl

Regionalzeitungen des WAZ-Konzerns auf dem Weg zum Einheitsblatt?

Das Druckzentrum Suhl wird geschlossen. Dessen Gesellschafter – der Süddeutsche Verlag, der mehrheitlich der Südwestdeutschen Medienholding (Stuttgart) gehört sowie die Medienholding Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft (DDVG, Hamburg) – haben am 19. November entschieden, vor Ort nicht zu investieren. Das bedeutet das Aus für das Unternehmen, das bisher u.a. die regionalen Tageszeitungen Freies Wort und Südthüringer Zeitung druckt. Durch die Schließung gehen vor Ort 100 Arbeitsplätze verloren. Jahrelang war über die Anschaffung einer neuen Druckmaschine diskutiert worden.

Als „wirtschafts- und medienpolitisch höchst bedenklich“, kritisiert Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, die Entscheidung der Gesellschafter. Er befürchtet weitere Auswirkungen auf den Medienstandort Thüringen, hält sogar eine Kettenreaktion für möglich, „durch die weitere Medienstrukturen akut bedroht sind“. Und Bodo Ramelow hat weitere prinzipielle Bedenken: „Grundbedingung von Medienfreiheit ist Medienvielfalt. Er sehe die zunehmende Medienkonzentration mit Sorge.“

Der Konzernbetriebsrat des Süddeutschen Verlags hatte vor der Entscheidung auf Zugeständnisse der Beschäftigten hingewiesen: „Seit 1996 wurde immer wieder auf Lohn verzichtet, um den Verlag in Krisenzeiten zu

sichern und Arbeitsplätze zu erhalten“, seit April laufe Kurzarbeit – es half alles nichts. Ebenso wenig die Übergabe einer Mappe mit Fotos der Suhler Beschäftigten an die Gesellschafter im Vorfeld, um ihnen deutlich zu machen, „dass sie heute über Menschen und nicht über „Kostenfaktoren auf zwei Beinen“ entscheiden“, wie der Betriebsrat erläuterte.

Struktur bestimmend für die Region

Bodo Ramelow betont die besondere Verantwortung der SPD in diesem Fall. Die Medienholding DDVG ist zu 100 Prozent im Besitz der SPD. Auf der Homepage stellt man sich als „Unternehmensbereich der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ vor. Die DDVG bekennt darüber hinaus freimütig, mit ihrer Tätigkeit „einen finanziellen Beitrag zur Arbeit der SPD zu leisten“. „Die ist ihrer Gesellschafterpflicht nicht gerecht geworden“, hebt Ramelow diesbezüglich hervor. Man habe sich brutal für die Profitmaximierung und gegen regionale Interessen entschieden. „Ich fordere vom SPD-Landesvorsitzenden und Bundesvorstandsmitglied Christoph Matschie und vom SPD-Wirtschaftsminister Matthias Machnig, dass sie ihre Verantwortung wahrnehmen, um eine bislang gut funktionierende Zeitungsproduktion in Südthüringen zu sichern“, betont Ramelow.

Ina Leukefeld (Fraktion Die LINKE), direkt gewählte Landtagsabgeordnete im Wahlkreis Suhl, sichert den Betroffenen Solidarität und Unterstützung zu. „Angst und Sorge bestehen bei den Beschäftigten seit längerem“, erläutert sie. „Es geht nur um Marktberaumung“, ist sich Ina Leukefeld sicher. Für die Region Suhl stelle das Druckzentrum ein strukturbestimmendes Unternehmen dar. Die Schließung habe für die Stadt, die in besonderem Umfang mit Abwanderung zu kämpfen habe, äußerst negative Auswirkungen.

Wie berechtigt Bodo Ramelows Hinweis auf die bedrohte Medienvielfalt und Gefahren für Medienstrukturen in Thüringen zu nehmen sind, wurde schon kurz darauf deutlich: Am 26.11. gab die Zeitungsgruppe Thüringen bekannt, dass der Chefredakteur der Thüringer Allgemeinen (TA), der auch bundesweit als Kommentator beim ARD-Pressclub anerkannte Journalist Sergej Lochthofen, abgelöst wird. Die Zeitungsgruppe Thüringen mit ihren drei Regionalzeitungen gehört zum WAZ-Medienkonzern (Essen). Offenbar soll die Berichterstattung der TA mit anderen WAZ-Titeln in Thüringen in Richtung einer Einheitszeitung standardisiert werden, dabei stand Lochthofen im Weg. Einer von zwei Geschäftsführern des WAZ-Konzerns ist Bodo Hombach (SPD), einst Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen und Kanzleramtsminister von Gerhard Schröder.

Stefan Wogawa ■

TA und ZDF: Die große Stunde, Chefredakteure abzusägen

Angesichts der Kündigung des Chefredakteurs der Thüringer Allgemeinen, Sergej Lochthofen, erklärt Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Offenkundig gerät die Thüringer Medienlandschaft ins Wanken. Der lange Arm von Bodo Hombach, WAZ-Geschäftsführer, macht deutlich, dass die Unabhängigkeit, die die TA immer wieder gezeigt hat, manch einem zu weit ging. Hier wird mit der Pressefreiheit sorglos Schlitten gefahren. Soll so die Thüringer Presslandschaft willfährig gemacht werden?“

Anscheinend wolle der WAZ-Konzern die Strukturen frei räumen, um aus drei unabhängigen Zeitungen (TA, TLZ und OTZ) ein Monopolblatt a la Ruhrgebiet zu machen. Nun drohe den drei, mit eigenem Profil geführten Thüringer Tageszeitungen eine gefährliche Monopolausrichtung. „Dass sie von einem gemeinsamen Konzern geführt werden, war immer schon hoch problematisch, aber trotzdem noch geprägt durch eigene journalistische Sorgfalt, für die die drei Chefredakteure stehen.“ Mit dem unsolidarischen Ausscheiden aus dem dpa-Verbund

habe der WAZ-Konzern auf unangenehme Weise gezeigt, wie eine differenzierte Medienlandschaft weiter zerschlagen wird.

Mit Verweis auch auf die Schließung der Druckerei in Suhl sprach Bodo Ramelow von einem „unerträglichen Ausdruck der Geringschätzung gegenüber dem hohen Gut der Pressefreiheit. Eigentlich müsste man Presse- und Meinungsvielfalt mit allen Kräften stärken und nicht zerschlagen!“

In diesen Kontext ordnete er auch die Entscheidung des ZDF-Verwaltungsrates gegen eine Vertragsverlängerung von ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender ein: „Offenkundig ist gegenwärtig die große Stunde, Chefredakteure abzusägen, um alles windschnittiger zu machen. Die CDU kommt einen Schritt weiter auf dem Weg, das ZDF zum Parteisender zu machen.“

Die Abstimmung am 27. November habe gezeigt, wer beim ZDF zunehmend das Sagen hat: die Ministerpräsidenten der CDU. Das ZDF werde wohl in Zukunft staats- und parteinäher werden. „Die journalistische

Unabhängigkeit steht in Frage – und damit auch die Rundfunkgebühr. Wieso sollen die Bürgerinnen und Bürger für einen staats- und parteinahen Sender Gebühren bezahlen?“, fragt Ramelow.

Es sei an der Zeit, die Gründungsfehler beim ZDF zu beheben. Regierungsvertreter und von den Ministerpräsidenten ausgewählte Vertreter hätten in den Gremien nichts zu suchen. Die Zahl der Parteipolitiker müsse reduziert werden. Dazu müssten die Ministerpräsidenten nur den ZDF-Staatsvertrag ändern. Das erfordere nicht viel Aufwand und könne in wenigen Monaten – bis März 2010 – geschehen.

„Wenn die Landesregierung nicht selbst aktiv wird, werden wir im Landtag darauf drängen. Falls sich dann einzelne Ministerpräsidenten einer Änderung, die nur einstimmig beschlossen werden kann, in den Weg stellen, dann muss das Bundesverfassungsgericht die Angelegenheit klären. DIE LINKE ist vorerst bereit, ihre Vertreter aus den Gremien abzuziehen, wenn die anderen Parteien es genauso handhaben“, so der LINKEN-Politiker abschließend. ■

Das Thema Der Linken

Mehr Mut, um Thüringen zu einem der modernsten Länder zu machen

Bodo Ramelow zur Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht

Aus der Rede des Fraktionsvorsitzenden der LINKEN zur Regierungserklärung der CDU-Ministerpräsidentin am 19. November:

Wenn ich die Reaktionen nach der Entscheidung der SPD, mit der CDU zu koalieren, richtig deute, gibt es eine tiefe Enttäuschung von Wählern – sowohl der LINKEN als auch der Grünen, aber auch der SPD. Damit ist eine grundsätzliche Richtungsentscheidung zwischen so genannten bürgerlichen Lager versus reformorientierten Lager durch die Entscheidung einer einzigen Partei mit ihrem 18,5 Prozent Wähleranteil ausschlaggebend dafür, dass ein politischer Wechsel in Thüringen schlicht ausgefallen ist.

Eine Deklaration gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus war unsere erste parlamentarische Initiative. Unser gemeinsames Handeln sollte immer die Perspektive haben, rassistischen, faschistischen und antisemitischen Tendenzen gemeinsam entgegenzutreten. So sehr ich mich freue, dass sich weder NPD noch DVU hier mit platten Parolen haben einnisten können, so sehr muss man mahnend darauf hinweisen, dass die alltägliche Gefahr um uns herum keinesfalls gebannt ist.

Zum Thema Vergangenheit und Verantwortung für die SED als Staatsmachtspartei möchte ich – im Jahr 20 nach dem Mauerfall – auch wiederholen, dass wir als Partei DIE LINKE uns einer kritischen Debatte nicht verweigern. Begangenes Unrecht in der DDR im Namen des Fortschritts oder des Sozialismus wollen und werden wir nicht verklären oder klein reden. Das Prinzip „Macht vor Recht“ hat der Idee eines demokratischen Sozialismus schwersten Schaden zugefügt. Wir stehen zur Verantwortung und wir wollen und werden Aufarbeitung, Bewertung und Dokumentation auch der DDR-Zeit den notwendigen Respekt und die notwendige Unterstützung zollen. Pauschales Ausgrenzen oder pauschales Brandmarken hilft hier wirklich nicht weiter.

An den Aufgaben, die vor diesem Land stehen, wollen wir die Regierung messen. Wenn im Oktober 2009 120.448 Menschen offiziell als arbeitslos registriert sind, sind das 1.624 Menschen mehr als im Vorjahr. Das ist ein Zuwachs von statistisch 4,5 Arbeitslosen pro Tag in Thüringen. Rund 80.000 davon sind Bezieher von Arbeitslosengeld II, wobei 171.500 Menschen in Gänge Arbeitslosengeld II beziehen, von denen zusätzlich über 90.000 nicht arbeitslos gemeldet sind, also Aufstocker sind zu ihren Niedriglöhnen.

Wir in Thüringen sind trauriges Schlusslicht der Tariflöhne in Deutschland. Wir sind das Land mit dem höch-

sten Anteil an prekärer Beschäftigung. Die Dynamik des demographischen Wandels und der Zu- und Abwanderung in Thüringen verschärft das Problem. Im Jahr 2008 sind 46.353 Menschen aus Thüringen fortgezogen, das sind durchschnittlich täglich 127 Menschen. Rechnet man die Zuzüge dagegen, verlassen täglich 35 Menschen das Land. Diesen Prozess müssen wir stoppen.

Das modernste Verwaltungsland, das modernste Bildungsland, das modernste Energieland Deutschlands wirklich werden zu wollen, dieses Ziel zu verfol-

den, **gesetzlichen Mindestlohn** kann ein Appell zur Tariftreue nicht ersetzen, lieber Herr SPD-Vorsitzender Matschie. Ein Weitermachen mit Hartz-IV-Aufstockung und damit ein weiteres Abschieben von Niedriglöhnern heißt eine Subventionierung der Wirtschaft auf dem Rücken der beteiligten Menschen vorzunehmen.

Unsere Idee vom modernsten Energieland Thüringen ist aufgegriffen worden vom Wirtschaftsminister. Allein die Ankündigung reicht aber noch nicht aus. Wir sind das Bundesland mit der höch-

das nach Abbau von Fachkräften; das wäre das Gegenteil von dem, was wir mit dem Bündnis für eine bessere Familienpolitik erreichen wollten. Wir sagen deshalb, dass deren Gesetzentwurf umgesetzt werden muss. Wir fordern, dass die Unterschriften nicht gesammelt werden müssen, weil es vorher vom Parlament entschieden wird. Sollte dies nicht zustande kommen, wird das Volksbegehren gestartet werden müssen. Wir sind gespannt, wer alles Unterschriften mit uns zusammen sammeln wird.

Längeres gemeinsames Lernen: Die



Bodo Ramelow und Astrid Rothe-Beinlich (B90/Die Grünen) im Demozug der Studierenden am 20. November.

gen, da sehe ich in der Koalitionsvereinbarung und in der Regierungserklärung zu wenig Mut.

Ein Leitbild „Kulturland Thüringen“ hatte die SPD in den Sondierungsgesprächen vorgeschlagen. Das ist sehr zu begrüßen. Denn immerhin ist Thüringen eines der großen wirklich traditionsreichen Kulturländer. Das setzt aber voraus, dass wir den Mut haben, eine Kulturfinanzierung zu bekommen, die endlich den Trägern ein höheres Maß an Planungssicherheit und Existenz ermöglicht. Wir müssen gemeinsam über den Kulturbegriff reden. Wie soll der Kulturraum Thüringen abgesichert werden? Wir schlagen ein Kulturfördergesetz vor.

Für uns gilt die Prämisse: regional vor global. Für uns steht die Wertschöpfungskette deutlich im Mittelpunkt. Das heißt, mit den bestehenden Klein- und Kleinstbetrieben müssen wir eine viel höhere Verclustering erreichen, damit sie sich wechselseitig unterstützen können. Führen Sie als Prinzip den Investorenlotsen in der Verwaltung durchgängig ein, damit ein Wirtschaftsbetrieb, sich nur noch an eine öffentliche Stelle wendet, an ein One-Stop-Center. Das wäre Verwaltungsmodernisierung und Wirtschaftsstärkung gleichermaßen.

Den einheitlichen, flächendecken-

sten Produktion bei Solarzellen, aber der geringsten Modulfertigung. Wir brauchen eine Vielzahl von Angebotsmöglichkeiten für Bürgerkraftwerke, eine Offensive von Tausenden Solardächern auf öffentlichen Gebäuden und wir brauchen eine Stärkung von Forschung, Wissenschaft und Entwicklung.

Warum sollte Thüringen nicht den Mut haben, gemeinsam mit allen Stadtwerken über die Thüringer Energieversorgungsgesellschaft, vormals TEAG, nachzudenken; eine gemeinsame Beteiligung des Landes und der kommunalen Familie, um dann bei der Rekommunalisierung von Stromnetzen ein einheitliches Netzbewirtschaftungssystem in Thüringen zu erreichen. So könnten wir das modernste Stromnetz Europas bekommen.

Die Verbindung von Opel zu GreenTech wäre die Verbindung zu Energiespeichertechnologie und Antrieb. Hier müssen wir deutschlandweitestes Leistungs- und Forschungszentrum werden. Wenn uns das gelingt, wird ein neues Kapitel der Industriegeschichte aufgeschlagen.

Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik: Man hört mittlerweile vom neuen Staatssekretär, dass Aufgaben und Qualifikationen in den Kitas differenziert werden sollen. Für uns klingt

Schule in Thüringen reproduziert und verstärkt sogar soziale Unterschiede. 7,3 Prozent der Schüler in haben im letzten Schuljahr die Schule ohne Schulabschluss verlassen. Mit fast 7 Prozent hat Thüringen immer noch eine überdurchschnittlich hohe Förderschulquote. 53 Prozent aller Regelschulen und 76 Prozent aller Gymnasien in Thüringen haben keinerlei zusätzliches Angebot über den Unterricht hinaus. Statt also eine Gemeinschaftsschule anzustreben, hätten wir die Trennung nach der Grundschule Klasse vier aufgeben und bis zur Klasse acht den Lernprozess organisieren müssen, hätten wir die Lehrerausbildung auf die Veränderung der pädagogischen Ansätze hin neu ausrichten müssen und eine moderne und zukunftsorientierte Lehrerausbildung etablieren müssen.

Den „Campus Thüringen“ müssen wir wieder in den Vordergrund stellen. Unsere Antwort auf die Studentenproteste muss das ehrgeizige Leitbild sein, modernstes Bildungsland sein zu wollen. Das meint Kitas, das meint Schulen, das meint Fachhochschulen, Universitäten, Berufsakademien, das meint aber auch eine Landesregierung, die sich im Bund dafür stark macht, dass im Grundgesetz nicht nur eine Schuldengrenze eingebaut und verteidigt wird, sondern dass im Grundgesetz endlich eine Bildungsindexierung von sieben Prozent festgeschrieben wird. ■

Wissenschaftliche „Wertneutralität“ in den Farben der SPD

Dietmar Herz – ein Politikprofessor wird erst Matschie-Laudator und dann Staatssekretär

Politikwissenschaftler erheben (...) den Anspruch auf Wertneutralität und auf eine strikte Unterscheidung von Politikwissenschaft und Politik. Ein Politiker macht Politik, ein Politikwissenschaftler setzt sich wissenschaftlich mit politischen Fragen auseinander.“ So wird in der Internetenzyklopädie Wikipedia definiert. Doch das ist die Theorie.

In der Praxis kann alles ganz anders aussehen, anspruchloser. Da wird beispielsweise nach der Landtagswahl in Thüringen von einem Radiosender ein Professor der Politikwissenschaft als Interviewpartner angekündigt. Der beantwortet die Fragen, als sei er Pressesprecher des SPD-Landesvorsitzenden Christoph Matschie. Der hatte nämlich – folgt man dem „wertneutralen Experten“ – alles richtig gemacht. Der Experte war Prof. Dr. Dietmar Herz, Inhaber des Lehrstuhls für Vergleichende Regierungslehre an der Universität Erfurt und dort zudem Direktor der School of Public Policy.

Am 4. September wurde er im Deutschlandradio Kultur zum Wahlergebnis gefragt: „Wie kann das sein, dass ein Sozialdemokrat mit 18 Prozent jetzt die politische Landschaft aufmischt?“ Herz gab eine ganz andere Sicht zum Besten: „Na ja, ihm ist eine ganze Reihe von Dingen gelungen. Zuerst hat er die Partei – im letzten Jahr vor allem und im Jahr davor – einigen können, die sehr in sich zerstritten war. Er hat sie einigen können, er hat sie zu klaren, program-

matischen Aussagen – auch im Hinblick auf Koalitionsbildung – führen können. Das hat ihn in eine sehr starke Position in der Partei versetzt. Er hat sich selber klugerweise gefesselt, indem er sagte, die SPD wird keinen linken Ministerpräsidenten mitwählen.

Er hat es so oft gesagt, dass diese Selbstfesselung nun so wirksam ist, dass damit auch die Partei gefesselt ist. Auch das war sehr klug, weil er damit seine innerparteilichen Gegner auf Distanz gehalten hat. Und dann hat er entgegen dem Bundestrend natürlich vier Prozent zugelegt. Insofern ist er nicht ein Verlierer der Wahl (...), sondern er ist der strategische Sieger der Wahl, auch wenn er nur den dritten Platz bekommen hat.“

Der persönliche Einsatz lohnte sich

Der fragende Journalist schien sich nicht sicher zu sein, ob er den Experten richtig verstanden hatte, ob da vom selben Christoph Matschie gesprochen wurde, den er kannte und auch von derselben Landtagswahl. Matschie „strategischer Wahlsieger“? Er fragte erstaunt nach: „Nur den dritten Platz, er kandidiert für die SPD, ja nicht für die FDP, die wollte mal die 18 Prozent, die hat die SPD jetzt bekommen, das heißt, diese Machtpokeroption, über die Christoph Matschie jetzt verfügt, ist politisch absolut legitim und nachvollziehbar?“ Doch Herz wollte Zweifel gar nicht erst aufkommen lassen: „Die

ist politisch legitim und nachvollziehbar.“ In der BILD-Zeitung kam der Professor sogar regelmäßig zu Wort, dort jubelte er schon am 1. September: „Ohne SPD kommt keine Regierung zustande.“

Noch deutlicher wurde Herz in einem Diskussionsbeitrag „Mehrparteiensystem und parlamentarische Regierung“ auf dem Internetportal Politopolis. Dort hob er, erneut vorgestellt als Lehrstuhlinhaber, am 24. September zur Situation in Thüringen hervor: „Es gibt nur zwei Optionen: Eine schwarz-rote Koalition unter Führung der CDU. Oder ein rot-rot-grünes Bündnis mit Christoph Matschie als Ministerpräsidenten.“ Eine merkwürdige Einengung der Möglichkeiten der Regierungsbildung – von der wieder Christoph Matschie und die SPD profitierten. In dem Beitrag schmückte Herz auch das Märchen aus, die LINKE wolle eigentlich gar nicht regieren.

Was Lesern und Hörern der zitierten Beiträge vorenthalten wurde: Herz ist SPD-Mitglied. Und rückblickend lohnte sich auch für ihn persönlich der Einsatz für Matschie an der publizistischen Front. In der Koalition von CDU und SPD avancierte Herz zum Staatssekretär im Justizministerium. Damit ist wenigstens die Legende von seiner Wertneutralität zu den Akten gelegt. Herz amtiert auf seinem neuen Posten ganz offiziell als „Politischer Beamter“.

Stefan Wogawa

Auch das noch!

Unter dieser Rubrik spießt Stefan Wogawa kurz, bündig und satirisch die wichtigen und weniger wichtigen Dinge des Lebens auf:

Der deutsche Krieg in Afghanistan erreicht zunehmend auch Schreibtischtäter. Ein auf Anforderung der Bundeswehr durchgeführter Luftangriff auf Tanklaster in Kunduz mit vielen zivilen Opfern erweist sich als Katalysator für kollektives Stühlerücken bis hinauf in die Bundesregierung.

Zuerst erwischte es den Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan (er schied „auf eigenen Wunsch“ aus dem Amt), es folgte der Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Peter Wichert. Beide übernahmen die Verantwortung für „Informationspannen“ – im Ministerium waren Angaben von Soldaten vor Ort über zivile Opfer unterschlagen worden. Und obwohl es sich um Inhaber höchster militärischer bzw. ministerieller Ränge handelte, war klar, dass die regierende CDU/CSU zunächst nur auf Bauernopfer setzte.

Doch die gebetsmühlenartige Behauptung des seinerzeit verantwortlichen Ministers Franz-Josef Jung (inzwischen Arbeitsminister), es habe keine zivilen Opfer gegeben und die Lage vor dem Angriff sei eindeutig gewesen, wurde zum Bumerang, der Jung selbst erwischte. „Der Krieg hat einen langen Arm.“ (Martin Kessel)

Ein weiterer Ex-General frönt freilich nach wie vor seinem Hobby. Einen Schöngestir wie Jörg Schönbohm, einst Kommandeur des „Bundeswehrkommandos Ost“, wurmt es mächtig, dass ihm von seinen einstigen Untertanen (er war Innenminister in Brandenburg) keine Dankbarkeit entgegengebracht wird. Stattdessen machten die Leute doch tatsächlich vom Wahlrecht Gebrauch, die CDU wurde in die Opposition geschickt. Zu viel für den sympathischen Jammer-Wessi, der via BILD Ostdeutschen „eine verbreitete Stillosigkeit im Umgang wie bei der Kleidung“ zuschrieb. Natürlich hat ein ästhetischer Stilist wie Schönbohm noch eins draufzusetzen: „In den Neuen Bundesländern herrscht noch viel Unkenntnis über das alte Unrechtsregime.“ Endlich sagt es mal jemand. ■

Ina Leukefeld: Zerschlagung der ARGEN ein schwerer Rückschritt

Als „schlechteste aller möglichen Lösungen“, kritisierte Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, die Entscheidung der Bundesregierung für die getrennte Trägerschaft bei der Umsetzung des Sozialgesetzbuchs II (SGB II). Damit seien künftig die Bundesagentur für Arbeit für Leistungen zum Lebensunterhalt sowie die Eingliederung in den Arbeitsmarkt zuständig und die Kommunen für die Kosten für Unterkunft sowie die soziale Betreuung.

Die ARGEN werden aufgelöst. Das sei insbesondere für die Betroffenen ein schwerer Rückschritt. Einer der wenigen positiven Ansätze des Hartz IV-Gesetzes, nämlich „Leistungen aus einer Hand“, werde damit wieder aufgehoben, betonte die LINKEN-Politikerin. Betroffene seien nun gezwungen, sich an mehrere Ansprechpartner zu wenden, die unabhängig voneinander Bescheide erlassen. Die Gefahr der gegenseitigen Blockade von Arbeitsagentur und Kommune sei immens. Zudem sei die Verunsicherung der Mitarbeiter der ARGEN beträchtlich. In Thüringen gebe es bereits jetzt Beispiele für diese getrennte Aufgabenwahrnehmung - die Landkreise Schmalkalden-Meinungen und Altenburger Land. „In beiden Fällen ist die Kritik der Arbeitslosen groß. Auch der bürokratische Aufwand für die beiden Kommunen hat sich deutlich erhöht.“

Das bekannt gewordene Eckpunktepapier der Bundesregierung zur getrennten Trägerschaft trägt „die unsoziale Handschrift der FDP“. Die CDU habe sich bisher stets für das Optionsmodell stark gemacht, bei dem die Kommunen allein für die Umsetzung des SGB II zuständig seien. Dafür gebe es lediglich Bestandschutz, offenbar sei die CDU vom Koalitionspartner FDP unter Druck gesetzt worden.

Nötig sei auch weiterhin ein ganzheitlicher Ansatz, hob die Arbeitsmarktexpertin der LINKEN hervor. Ina Leukefeld forderte die Landesregierung deshalb auf, sich in der nun anstehenden Abstimmung mit der

Bundesregierung für das Prinzip „Leistungen aus einer Hand“ und gegen eine Zerschlagung der ARGEN einzusetzen. „Entweder müssen die ARGEN auf eine feste gesetzliche Grundlage gestellt und weitergeführt werden oder das Optionsmodell muss flächendeckend zum Tragen kommen.“ ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (Vi.S.d.P.), Annegret Brosemann

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416

E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de

Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszusweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.